

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Verlag: Auer Verlagsgesellschaft  
Verlag: Auer Verlagsgesellschaft

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft  
Verlag: Auer Verlagsgesellschaft  
Verlag: Auer Verlagsgesellschaft

Telegraphische Anzeiger: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 136

Freitag, den 13. Juni 1924

19. Jahrgang

### Coolidges Wiedernominierung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Wie durch einen kurzen Funkenstrom gemeldet worden ist, hat der Nationalkongress der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten, der am Dienstag in Cleveland zusammengetreten ist, auf der Grundlage der nach ihrem Inhalt bereits bekannten Parteiplattform als Parteikandidaten für die Präsidentschaftswahl wiederum den gegenwärtigen Präsidenten der Union Coolidge aufgestellt.

Ein diesem Beschluß war kaum zu zweifeln, und auch die ersten Nachrichten über die Tagung in Cleveland hatten bestätigt, daß Coolidge dort das Feld vollkommen beherrschte. Trotzdem muß die Einmütigkeit, mit der seine Nominierung — wenigstens nach der vorliegenden kurzen Meldung — erfolgt ist, einigermaßen überraschen, denn das, was in den letzten Wochen und Monaten über die Verhältnisse innerhalb der republikanischen Partei bekannt geworden war, gab zwar noch keinen unbedingten Anlaß, an der maßgebenden Stellung des Präsidenten innerhalb der Partei zu zweifeln, kündigte aber doch das Hervortreten und Anwachsen sehr beträchtlicher oppositioneller Strömungen an und bereitet darauf vor, daß der beabsichtigten Wiedernominierung Coolidges zum mindesten ein Kampf vorausgehen werde. Coolidge hat von dem Kongress in letzter Zeit mehr als einmal Aktionen hinnehmen müssen, die zu seinen politischen Plänen und Willensäußerungen in schroffem Gegensatz standen, und von denen die letzte gerade in diesen Tagen noch sehr sichtbar und sichtbar Begleiterscheinungen zeitigt. Wir meinen den Versuch des Präsidenten, die gegen die japanische Einwanderung gerichtete Klausel, aus der neuen Fassung des Einwanderungsgesetzes zu entfernen, ein Bestreben, über das der Kongress demonstrativ hinwegging, mit dem Erfolg, daß die amerikanisch-japanischen Beziehungen erneut eine scharfe Spannung aufweisen, die sich in den bekannten diplomatischen Schritten der letzten Zeit und auch in sonstigen, zum Teil sogar recht sensationell anmutenden Auswirkungen kundtun. Das ist nur der letzte und nur einer von den sich mehrenden Fällen, in denen der Kongress sich gegen den Präsidenten gestellt hat, und es ist ein offenes Geheimnis, daß unter denen, die dabei besonders gegen Coolidge agitierten, maßgebende Männer der eigenen, republikanischen Partei zu finden waren.

So kam es, daß man der großen Tagung in Cleveland mit einer gewissen Spannung und Besorgnis entgegen sah. Besonderen Anlaß dazu gab die Tatsache, daß der Führer der radikalen fortschrittlichen Gruppe der Partei, der bekannte Senator Dazolette, mit der Absicht auf den Kongress kam, dort eine eigene Plattform vorzulegen und für den so gut wie sicher zu erwartenden Fall ihrer Ablehnung mit der Gründung einer eigenen „Unabhängigen Republikanischen Partei“ zu antworten als deren Präsidentschaftskandidat er dann erscheinen würde. Dieser Plan muß für die Mehrheit der Partei sehr unerfreulich wirken, denn die Minderheit, die Dazolette hinter sich vereinigt, ist keineswegs zu unterschätzen; sie zählt in den Reihen ihrer Führer Männer vom Rufe der Senatoren Borah und Johnson. Sie hat dank ihrem Programm starken Zuspruch aus den Reihen der Landwirte und der Arbeiterschaft, und es ist berichtet worden, daß auch ein Ausschluß von Führern der Deutschamerikaner sich lebhaft für die Unterstützung einer eventuellen Kandidatur Dazolettes einsetzen will. Gerade die Farmerfrage, die der vor einer Woche zu Ende gegangene Kongress noch nicht erledigt hat wird in dem bevorstehenden Wahlkampf eine starke Rolle spielen, und es mußte der republikanischen Parteiloyalität daher im höchsten Maße unerwünscht sein, diesen wertvollen Teil ihrer Anhänger zu einer neuen Parteiloyalität abzuwandern zu sehen. Es kommt hinzu, daß auch gegenüber dem anderen die Wahlkampagne zweifellos mit am stärksten beherrschenden Problem, der Frage der Einstellungs zu den europäischen Dingen, Dazolette ein sehr aktives Programm vertritt. Darin befindet sich die bemerkenswerte Forderung nach einer „Revison des Versailles Vertrages“ in Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen, was nichts anderes besagen kann, als eine Vergleichen der Versailles Bestimmungen mit den Versprechungen, die in Wilsons 14 Punkten enthalten waren und die Voraussetzung für den Abschluß des Waffenstillstandes gegeben haben. Diese Voraussetzungen, um die Deutschland nachher so schmachvoll betrogen worden ist. So groß das deutsche Interesse an der Verwirklichung solcher Gedankenänge in der amerikanischen Politik sein muß, und so unmissverständlich wir die Amerikaner immer wieder daran erinnern mußten, daß sie uns für jenen Betrug verantwortlich schuldig sind: — die Hoffnung, daß die Idee Dazolettes sich schnell verwirklichen lassen werde, wäre wohl verfrucht.

Die Tatsache der Nominierung Coolidges ist zwar noch keineswegs ein Beweis dafür, daß Dazolette sich gebeugt hat, und man wird ausführlichere Berichte um die Entwicklung der nächsten zwei, drei Wochen abwarten müssen, ehe man darüber klar sieht. Wohl aber darf aus diesem Ergebnis von Cleveland angenommen werden, daß verschiedene andere Schwierigkeiten überwunden und eine ausreichend starke Mehrheit gebildet werden konnte, um die unumstößliche Wiederwahl Coolidges durchzusetzen.

Coolidge ist also der erwählte Präsidentschaftskandidat, mit dem die Republikaner in den Wahlkampf ziehen. Die Entwicklung, die man, wie wir eben sagten, abzuwarten hat, wird zugleich lehren, ob sie für ihn allein mit den Demokraten zu kämpfen haben werden. Tut Dazolette wirklich seine neue Partei auf, so geht der Kampf zwischen Dreien, und er wird dadurch nicht nur verschärft, sondern es wird auch die Möglichkeit einer neuen Lösung erschwert. Es ergibt sich dann nämlich die bei der Stärke des Dazolette'schen Anhangs keineswegs nur theoretische Möglichkeit, daß keine der drei Parteien bei der Wahl der Wahlmänner eine genügend große Zahl von Wählern für sich zu gewinnen vermag um den Bestimmungen der amerikanischen Verfassung zu genügen. In diesem Falle hätte dann die Wahl des neuen Präsidenten durch den Kongress zu erfolgen, der bekanntlich ebenfalls im November neu gewählt wird, und dessen Zusammensetzung sich angesichts der starken Stimmungswandlungen heute ganz und gar nicht voraussagen läßt. Trotz des Beschlusses der Republikanischen Partei, an Coolidge festzuhalten, sind also die Aussichten für die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten noch völlig unübersichtlich, was wiederum für die Einstellung Amerikas als Faktor in die weltpolitische und weltwirtschaftliche Rechnung von sehr stark hemmender Bedeutung sein muß.

### Das Dawes-Gutachten und die Deutschnationalen.

In der Stellungnahme zu dem Dawes-Gutachten und zu dessen Ausführung durch die deutsche Regierung haben die Deutschnationalen neuerdings einen bemerkenswerten Wechsel vollzogen. Es ist erst wenige Tage her, da überschüttete die deutschnationale Presse das Kabinett Marx mit den lebhaftesten Vorwürfen deshalb, weil sie aus angeblicher Liebedienerei gegen die Entente die Gesegenswürde, die zur Ausführung des Gutachtens nötig sind, bereits ausarbeiten ließ. Man versuchte den Glauben zu erwecken, als ob sich noch der Reichstag mit dem Gutachten selbst befassen müsse, während doch diese Frage in Wirklichkeit längst dadurch gelöst war, daß die Regierung schon vor den Wahlen die Vorschläge der Sachverständigen als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen anerkannt hatte. Jetzt aber geht der Wind mit einem Male ganz anders. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hoersch sagt in der außenpolitischen Wochenübersicht der „Kreuzzeitung“ mit bürren Worten: „Ohne Zweifel ist die Regierung Marx-Stresemann jetzt leistungsfähig, die Gesegenswürde, die aus dem Gutachten hervorgehen, energisch zu fördern.“ Und in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ des deutschnationalen Abg. Baeder, wird erklärt: „Bisher hat es jedenfalls als selbstverständlich gegolten, daß die Reichsregierung die zur Durchführung des Dawes-Gutachtens notwendigen Gesetze dem Reichstage vorlegt, und daß dieser volle Freiheit hat, die betreffenden Gesetze abzuändern, anzunehmen oder abzulehnen.“ Dies letztere ist unbestreitbar; wenn Herr Baeder es überhaupt erwähnt, so soll es nur dazu dienen, das Zugeständnis abzuschnüdeln, daß die Regierung recht daran tut, mit allem Nachdruck die Fertigstellung der einschlägigen Gesegenswürde zu betreiben. Hierin sind sich also die Deutschnationalen jetzt einig, während sie vor kurzem noch dem Kongress die Befugnis dazu bestritten hatten. Woher aber dieser plötzliche Umschwung? Den Grund braucht man nicht zwischen den Zeilen zu suchen, er wird ziemlich unerbittlich ausgesprochen: nachdem die Deutschnationalen mit dem Sturz der Regierung Hjalmar Schacht haben, möchten sie jetzt brennend gerne wenigstens an der Regierung beteiligt sein, und erklären sich, um ihre Regierungsfähigkeit zu erweisen, zu den weitgehendsten Konzessionen auf außenpolitischem Gebiete bereit. Jetzt kommt nämlich Abg. Hoersch zu der Erkenntnis: „Die Wirtschaft verlangt, daß die heutigen unsicheren Zustände aufhören, und das Ruhrgebiet am meisten. Sie verlangt, daß die Erörterung über das Gutachten in Fluß und zum Abschluß komme.“ Die aus dem Gutachten folgenden Gesegenswürde werden dem Reichstag in wenigen Wochen zugehen. Die Deutschnationalen können dann zeigen, daß ihre Begehrung zu dem Gutachten wirklich sachlichen Motiven entspringt und nicht nur der Sehnsucht nach einigen Winteresseln.

### Heute Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Die Vorabstimmung. — Poincaré als Kandidat.

Am der Abstimmung in der Vollversammlung der links stehenden Parteien zur Bestimmung eines Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik haben 475 Deputierte und Senatoren teilgenommen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Kammerpräsident Painlevé 306, Senatspräsident Doumergue 149, Poincaré 1 Stimme, weiße Zettel 19.

Nachdem Senatspräsident Doumergue sich bereit erklärt hat, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückzuziehen, haben die Parteien, die zum Kartell der Linken gehören, beschlossen, die Kandidatur Painlevés aufrecht zu erhalten. Die sozialistische Kammergruppe wird ebenfalls für Painlevé stimmen.

### Die Stimmung in England.

Der Rotterdamische „Courant“ meldet aus London: Der kommende Wintertag in Frankreich wird in den Kreisen des Arbeiterkabinetts als wichtige Säule der eigenen Position angesehen. „Daily Chronicle“ greift Henderson bestia an, der in der Metallarbeiter-Union in Liverpool am Dienstag gefagt habe, ein Sieg des Sozialismus in Frankreich sei vom englischen Standpunkt aus zu begrüßen, denn er mache den Engländern auf absehbare Zeit hinaus jede andere Außenpolitik als die der Arbeiterregierung unmöglich.

### Herriot über seine Politik.

Dem Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ erklärte Herriot: Meine Stellungnahme gegenüber England besteht darin, gemeinsam mit der Londoner Regierung die sofortige Anwendung des Dawes-Berichtes herbeizuführen. Ich werde wahrscheinlich binnen 10 Tagen nach London fahren. Wenn alles nach Wunsch verläuft werde ich am Montag oder Dienstag mein Kabinett bilden. Ich werde dann die Politik verfolgen, die bereits allseits bekannt ist. Was Deutschland betrifft, bekräftigen wir eine Amnestie. Ueber das Ruhrproblem, die Erweiterung der Ricumerträge, die Amnestie für die ausgewiesenen Deutschen kann ich vorläufig nichts Bestimmtes sagen, so lange ich die Affen nicht eingesehen habe.

### Demokratischer Beamtenstag.

Für den demokratischen Beamtenstag, der in Offenach am 14. und 15. Juni stattfindet, liegt nunmehr die endgültige Tagesordnung vor. Die Gesamttagung findet auf der Wartburg statt und steht am Sonnabend vormittag zwei Referate vor, deren erstes, „Das Ergebnis der Reichstagswahlen und seine Folgen“ von Gerhard Voigt, Berlin, erstattet wird, während Arthur Hesse, Berlin, über den „Aufbau der Beamtenorganisationen innerhalb der Partei“ Bericht erstatten wird. Am Nachmittag sprechen die Herren Dellud-Halle und Schuldt-Steglich über „Materielle und rechtliche Forderungen der Beamenschaft“. Für den Abend ist eine große Veranstaltung im Festsaal des Wartburghotels geplant, bei der der Parteivorstand Reichsminister a. D. Koch sprechen wird. Am zweiten Tage erstattet Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. von Dulsig, Berlin, einen Bericht über das neue Diskontierungsgesetz. Die Tagung endet mit einer großen vaterländischen Kundgebung im Parkhof der Wartburg, bei der die Herren Reichsminister a. D. Koch und Gerhard Voigt, Berlin, sprechen werden.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Wie wir bereits berichteten, trat am Mittwoch der diesjährige sozialdemokratische Parteitag unter sehr starker Beteiligung zusammen. Hauptredner des Eröffnungsabends war das Mitglied des Parteivorstandes, Reichstagsabgeordneter Erlösten. Er ging von den politischen und wirtschaftlichen Wirkungen des Versailles Vertrages aus und kam dann in breiten Ausführungen auf die internationale zu sprechen, deren Wiederherstellung einer der größten Erfolge der Einigung in Deutschland sei. Weiterhin führte der Redner aus, die Reparation müsse sich auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete beschränken, immer klarer sei geworden, daß die gewaltige Belastung Deutschlands über das Erträgliche hinaus auch verderblich sein müsse für die Siegerstaaten und zu einer Weltanarchie führen müsse. Mit der Annahme des Sachverständigengutachtens würden die Sozialdemokraten auch in Deutschland Boden unter den Füßen erhalten und könnten dann für eine gerechte Verteilung der Lasten kämpfen. Der Vorsitzende Weis beauftragte die Vertreter der ausländischen Organisationen, die dann ihrerseits Ansprachen hielten.

### Zweite Tag.

Die Sitzung am Donnerstag wird durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Dittmann, eröffnet. Dittmann erhebt im Auftrag des Parteivorstandes vor, eine Kommission von neun Mitgliedern zur Erörterung